



imago images/Jochen Tack,

Leere Fußgängerzone in Duisburg: Der Streit über mögliche Steuererhöhungen hat begonnen.

Die Corona-Rechnung

Die SPD-Ministerpräsidenten bringen einen Corona-Soli für die Krankenkassen ins Spiel. Die Union lehnt das ab. Doch die Frage bleibt: Wer zahlt für die Krise?

Die steigenden Kosten der Coronakrise haben eine Debatte über mögliche Steuererhöhungen entfacht. Die Ministerpräsidenten der SPD-regierten Länder haben in ihrem Beschlussentwurf für die Bund-Länder-Runde am Mittwoch einen „Solidaritätszuschlag“ ins Spiel gebracht. Der Bund solle „eine steuerfinanzierte Stabilisierung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung“ prüfen, damit die Mehrkosten im Gesundheitswesen nicht einseitig von den Beitragszahlern getragen werden müssten.

Von der Union kommt Widerspruch. „Wir lehnen den Vorschlag eines Corona-Solis klar ab“, sagte CSU-Generalsekretär Markus Blume dem Handelsblatt. Mit der Union werde es keine Steuererhöhungen geben. „Eher müssen wir die Steuern senken, um die Wirtschaft zu stimulie-

“
Eine Steuererhöhung mitten in der Krise ist der allergrößte Unsinn.

Michael Hüther
Institut der deutschen Wirtschaft

ren.“ Das sehen Ökonomen ähnlich. „Mit zusätzlichen Steuern und Abgaben wäre ich jetzt sehr vorsichtig: Es würde der Wirtschaft schaden, wenn der Staat jetzt beginnen würde, der Krise hinterherzuspüren“, sagte Lars Feld, Chef der Wirtschaftsweisen, dem Handelsblatt. Eine Steuererhöhung mitten in der Krise sei „der allergrößte Unsinn“, sagte Michael Hüther vom Institut der deutschen Wirtschaft.

Auch wenn die SPD-Länder den Corona-Soli vorerst wieder verwerfen, bringt der Vorstoß eine Frage auf die Tagesordnung: Wer soll die Corona-Rechnung begleichen? Denn die wird immer länger. So fordern die Länder weitere Hilfen für die Wirtschaft, wenn Bund und Länder am Mittwoch den Teil-Lockdown verlängern. M. Greive, J. Hildebrand, D. Riedel, G. Waschinski ▶ Fortsetzung S. 4



11

Milliarden Euro sind bislang aus dem Gesundheitsfonds als Corona-Sonderausgaben abgeflossen.

Quelle: Bundesamt für Soziale Sicherung

Pfleger in Schutzkleidung: Milliarden Euro fließen an die Krankenhäuser, die Intensivbetten für Covid-Patienten freigehalten und dafür Operationen verschoben haben.

Die Corona-Rechnung

Der Solidaritätszuschlag soll Anfang 2021 für die allermeisten Steuerzahler abgeschafft werden. Dass die SPD-Ministerpräsidenten nun schon vor dem tatsächlichen Soli-Aus eine Wiederbelebung ins Spiel bringen, macht deutlich, wie angespannt die Haushaltslage durch die Coronakrise ist. Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) plant für das kommende Jahr mit deutlich mehr Schulden: Statt 96 Milliarden Euro sollen es rund 160 Milliarden Euro werden. Denn die Pandemie wird den Bundeshaushalt länger belasten als ursprünglich gehofft.

Es zeichnet sich ab, dass der Teil-Lockdown verlängert werden soll. Bis mindestens 20. Dezember sollen die Beschränkungen weiter gelten, heißt es in den Vorbereitungspapieren der Ministerpräsidenten von Union und SPD für die Bund-Länder-Runde am Mittwoch. „Bislang haben wir noch nichts beschlossen, aber ich gehe davon aus, dass der Bund und die Länder zu einer gemeinsamen Position finden werden“, sagte Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier dem Handelsblatt. „Aus meiner Sicht wird es darauf hinauslaufen, dass wir – aufgrund des aktuellen Pandemiegeschehens – die vorhandenen Maßnahmen fortsetzen.“

Am Dienstag wollen die Länder ihre Position in einer Telefonschleife mit Kanzleramtsminister Helge Braun (CDU) abstimmen, bevor dann am Mittwoch Kanzlerin Merkel und die Ministerpräsidenten final entscheiden. Auch

Scholz wird an der Runde teilnehmen. Und schon jetzt ist klar, dass der Bundesfinanzminister erneut einige Milliarden auf den Tisch legen muss. Die Länder wollen eine Zusage, dass Unternehmen, die im Dezember geschlossen bleiben, weiterhin 75 Prozent des ausgefallenen Umsatzes vom Staat ersetzt bekommen. „Die Novemberhilfe wird als Dezemberhilfe (...) verlängert“, heißt es in einer Forderungsliste der Unions-regierten Länder.

Den SPD-Ministerpräsidenten geht es mit ihrem Soli-Vorstoß auch um eine Verteilungsfrage. Sie haben die Debatte eröffnet, wie ein Anstieg der Kranken-

kassenbeiträge verhindert werden kann. Die zusätzlichen Belastungen für die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) in der Pandemie sind groß. Ob Ausgleichszahlungen für frei gehaltene Intensivbetten in Krankenhäusern, die Kosten von Corona-Tests oder bald auch der Betrieb von Impfzentren – immer wieder greift die Politik auf den Gesundheitsfonds zurück, in dem die Finanzmittel für die Krankenkassen liegen.

Durch den Soli sollen die GKV-Mehrausgaben teilweise über Steuermittel finanziert werden. „Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache“, sagte SPD-Fraktionsvizechefin Bärbel Bas. Das müsse auch für die Kosten gelten, die die Pandemie verursache. Der Vorschlag stößt im Lager der Krankenkassen auf Zustimmung. Schon seit Monaten beklagt man sich dort, dass die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Pandemiebekämpfung in ihren Bilanzen abgeladen wird. „Wir begrüßen den Vorschlag der Länder, eine steuerfinanzierte Stabilisierung der GKV-Beiträge zu prüfen“, sagte Doris Pfeiffer, Vorstandsvorsitzende des GKV-Spitzenverbands.

Andreas Storm, Vorstandsvorsitzender der DAK und damit Chef einer der größten deutschen Krankenkassen, sagte: „Wir halten es für uneingeschränkt erforderlich, die Krankenkassen bei der Finanzierung der Corona-Lasten durch Steuermittel zu entlasten. Das kann auch durch einen Gesundheits-Soli erfolgen.“ Nach Angaben des Bundesamts für Soziale Sicherung sind bislang rund elf Milliarden Euro aus dem

Steigende Einnahmen



Gesundheitsfonds als Corona-Sonderausgaben abgeflossen.

Der Großteil davon, knapp neun Milliarden Euro, ging an die Krankenhäuser, die Intensivbetten für Covid-Patienten frei gehalten und dafür Operationen verschoben haben. Für diesen Posten ist sichergestellt, dass er aus Steuergeldern refinanziert wird. Dennoch bleiben rund zwei Milliarden Euro, die über die Beitragsgelder in der GKV aufgefangen werden müssen. Und weitere Ausgaben folgen: So sollen Aufbau und Betrieb der geplanten Impfzentren teilweise aus dem Gesundheitsfonds finanziert werden.

Steigende Beiträge ab 2022

Für das erwartete Defizit von 16,6 Milliarden Euro in der GKV 2021 hatte Spahn einen Deal mit Scholz vereinbart. Der Bund zahlt einen zusätzlichen Steuerzuschuss von fünf Milliarden Euro. Doch das Problem ist damit nur vertagt. Spätestens 2022 drohen die Beiträge in der GKV spürbar anzusteigen. Damit wird das Versprechen der Bundesregierung, die Sozialabgaben insgesamt unter 40 Prozent zu halten, auf eine harte Probe gestellt. Gleichzeitig wird auch der Spielraum im Bundeshaushalt kleiner.

Denn ab 2022 will die Große Koalition laut Finanzplanung die Schuldenbremse wieder erfüllen. Es dürfe aber „keinen Verzicht auf Investitionen und Zukunftssicherung“ geben, sagte SPD-Chef Norbert Walter-Borjans. „Darum führt an einer fairen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt währenden Lastenverteilung nach der Krise kein Weg vorbei. Das Wort vom Solidaritätsbeitrag hat kaum anderswo mehr Berechtigung als hier.“ Die Diskussion um Steuererhöhungen ist mit dem Soli-Vorstoß nicht abgeschlossen – sondern erst eröffnet. M. Greive, J. Hildebrand, G. Waschinski ▶ Kommentar Seite 15